

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom 26. Mai, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats. In der allgemeinen Besprechung bemerkt Abg. Ridert (Chr.): Wir müssen uns durch die Bestimmung der Verfassung, daß mit dem 1. April der Etat fertig sein soll, veranlaßt sehen, die Debatte nicht unnötig zu verzögern. Hoffentlich aber ist es das letzte Mal, wo wir eine bindende Bestimmung der Verfassung so leicht genommen haben, daß wir über einen Monat die Fertigstellung des Etatsgesetzes hinausgeschoben haben. Wenn alle Theile das Bewußtsein der Dringlichkeit und Nothwendigkeit von der Aufrechterhaltung dieser Verfassungsbestimmung gehabt hätten, so wäre es durch andere Dispositionen doch möglich gewesen, diese Bestimmung aufrecht zu erhalten.

Der Finanzminister hatte in seiner Eröffnungsrede zweifellos Recht, wenn er uns vor Augen führte, wie die ganze Zukunft der Finanzen Preußens allein durch den Eisenbahnetat entschieden wird, wie auch die beste Finanzkunst durch irgend eine Konjunktur auf dem Weltmarkt zum Scheitern gebracht werden könne. Zu dessen hatte er für dieses Jahr 33 Millionen Ueberschuß in Aussicht gestellt. Nun hat ein hiesiges nationalliberales Blatt aus Anlaß des bevorstehenden Rücktritts des Ministers v. Maybach mitgetheilt, daß die Abslüsse des vergangenen Jahres so ungünstige seien, daß 50 bis 60 Millionen Minderüberschuß bei der Eisenbahnverwaltung vorhanden wären. Es führte dabei die Sünden des Herrn v. Maybach auf, welche daran schuld seien. Ich vergesse in diesem Augenblick darauf, die Eisenbahnverwaltung des Ministers v. Maybach irgendwie eingehender zu besprechen; wir haben uns jedes Jahr darüber ausgeprochen. Es ist nur merkwürdig, daß gerade diejenigen, welche früher die eifrigsten Anhänger der Eisenbahnverstaatlichung waren, jetzt an den meisten verstaatlichten Bahnen herumzunkeln haben und fortwährend über dies und jenes klagen, was nicht in der Person des Ministers, sondern lediglich in dem System selbst liegt. Wir werden ja abwarten, ob irgend ein Nachfolger des Ministers v. Maybach das Gesicht besitzen wird, die kolossalen Mängel der Eisenbahnverstaatlichung zu beseitigen. Ich frage nun, ob denn jener Ueberschuß bei den Eisenbahnen vorhanden gewesen ist und wie es mit den 33 Millionen steht, welche der Finanzminister als voraussetzlichen Ueberschuß des abgelaufenen Jahres uns angegeben hat? Ich kann mir nicht denken, daß aus dem Blus so unerwartet ein Minus wird. Ich halte das für vollkommen übertrieben und den Thatfachen nicht entsprechend. Die Verwaltung hat aber ein Interesse daran, derartige Dinge in öffentlicher Sitzung richtig zu stellen.

Wünschenswerth wäre es auch, daß die Finanzverwaltung den Modus acceptirt, dessen wir uns im Reiche zu erfreuen haben, daß in dem Augenblicke, wo die Abschlußzahlen bekannt sind, dieselben im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht würden. Weshalb sollen diese Dinge eine Ueberraschung für die Volksvertretung bilden? Jedenfalls aber haben wir, wenn die Zahlen betreffs der Einnahmen wirklich etwas ungünstiger lauten sollten, keinen Grund zur Besorgniß. Denn der vorliegende Etat ist mit einer solchen Mangelhaftigkeit und Sorgsamkeit aufgestellt, daß wir ein Defizit nicht zu befürchten haben.

Finanzminister Dr. Miquel: Von der Regierung wird der Wunsch des Abg. Nicodet in Bezug auf die rechtzeitige Fertigstellung des Etats vollkommen getheilt. Die Staatsregierung hat diesmal in Uebereinstimmung mit dem Hause gehandelt, und es würde ohne Zurückstellung des Etats kaum gelungen sein, die großen Reformgesetze zum Abschluß zu bringen.

Was dann die vom Vordrner verlangte Klarlegung des Eisenbahnbudgets von 1890/91 anbetrifft, so habe ich schon bei der Einbringung des Etats, wo ich die Ueberschüsse auf 33 Millionen veranschlagte, in Charakterisirung der ganzen Finanzlage darauf hingewiesen, wie unsicher und schwankend die sogenannten Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung sind. Diese meine damalige Schätzung hat sich aber noch als viel zu günstig erwiesen. In den ersten Monaten des Jahres gestalteten sich die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung verhältnismäßig günstig, und darauf stützte sich meine Annahme, daß möglicherweise ein Ueberschuß von 33 Millionen erzielt werden würde. Die folgenden Monate aber vom Herbst bis Ende April d. J. haben eine so bedeutende Steigerung der Ausgaben ergeben, daß die damalige Veranschlagung der Einnahmen in keiner Weise zutrifft. Wir können heute schon mit annähernder Sicherheit übersehen, daß die Eisenbahnbetriebsverwaltung einen Minderüberschuß gegen den Etat von etwa 32 Millionen haben wird. (Hört, hört!) Mehreinnahmen würden etwa aufkommen 34½ Millionen, dagegen Mehrausgaben mehr als 65 Millionen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in diesem Minderüberschuß 7½ Millionen Gehalts erhöhungen stecken, welche beim Finanzministerium eripart worden sind. Außerdem kommen noch an Ersparnissen in Folge von Konvertirung von Prioritätsobligationen dem Eisenbahnbudget 1½ Millionen zu Gute, sodaß sich im Ganzen die Unterbilanz auf 22 bis 23 Millionen reduziert. Die Angabe der Zeitung ist irrig, sie hat wahrscheinlich die Mehreinnahmen unberücksichtigt gelassen.

Wir nehmen nach den jetzt vorliegenden Ziffern an, daß ein Mehrüberschuß gegenüber dem Etat eintreten wird bei der Fortverwaltung von 7½ Millionen, bei den direkten Steuern von 4,2 Millionen, bei den indirekten Steuern von 5¼ Millionen, bei der Bergverwaltung von 10¼ Millionen, in Folge von Konvertirung von Eisenbahnprioritäten 1½ Millionen, bei der Staatsschuldenverwaltung von 2¼ Millionen. Der Antheil an dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuer beim Reiche liefert einen Mehrüberschuß gegenüber dem Etat von 48 Millionen, bei den Reichsstempelabgaben von 1,8 Millionen, bei dem Hinterlegungs fonds von 1¼ Millionen. Letzteres ist aber kein wirklicher Ueberschuß, sondern eigentlich eine neue Schuld, die wir kontrahirt haben beim Finanzministerium in Folge von Ersparnissen in Höhe von 7¼

Millionen; bei der Justizverwaltung werden wir einen Minderüberschuß haben von 2½ Millionen. Dann sind Eriparnisse bei den etatsmäßigen einmaligen und außerordentlichen Ausgaben im Betrage von einer Million vorhanden, so daß sich im Ganzen Mehrüberschüsse bezw. Minderbedarf ergeben in der Höhe von 101½ Millionen.

Dagegen beträgt der Mehrbedarf bei der Eisenbahnverwaltung, soweit es bis jetzt zu überleben ist, rund 32 Millionen; die Einnahmen von der Branntweinverbrauchsabgabe liefern einen Minderertrag von 4 Millionen. Die Matritularumlagen sind erhöht um  $6\frac{1}{2}$  Millionen für den preussischen Antheil. Die Ueberweisungen an die Kommunalverbände werden zwischen 42 und 44 Millionen betragen, also noch viel mehr als im Vorjahre. Bravo! rechts und im Centrum, leider! (Geisterzeit.) Bei der Bauverwaltung haben wir einen Mehrbedarf von 2 Millionen, bei der Verwaltung des Innern von 2 $\frac{1}{2}$  Millionen, bei der landwirthschaftlichen Verwaltung von 1 Million. Endlich sind außerordentlichmäßige Ausgaben von 1 $\frac{1}{2}$  Millionen vorhanden, und hiernach ergibt sich, daß wenn diese Berechnungen, die ich nur mit aller Vorbehalt geben konnte, zutreffend sind, der gesammte Finalabschluß noch mit einem Ueberschuß von 13 Millionen abschließt, immer unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß wir dabei irgend eine Schuldentilgung über diesen Betrag hinaus, eine extraordinäre Schuldentilgung auf unsere gewaltigen Eisenbahnschulden nicht haben.

Nach diesem Ergebnis ist auch für den Vater klar, daß wir alle Ursache haben, bei der Vermehrung der Ausgaben und der Verminderung sicherer Einnahmen sehr sparsam vorzugehen. (Bifall rechts).

Hg. Richter (dfr.) wiederholt zunächst den Wunsch des Abg. Richter, daß nach dem Vorgange im Reichstage künftig auch über die Abschlässe des preussischen Staatshaushalts, nachdem dieselben am 15. Juni erfolgt sind, die summarischen Ergebnisse veröffentlicht werden. Sodann möchte ich den Herrn Minister um nähere Auskunft bitten über die von ihm mitgetheilte Steigerung der Mehrausgaben der Eisenbahnverwaltung über den Etat von 65 Millionen. Ich vermute, daß, abgesehen von den 7½ Millionen Besoldungsverbesserungen, die ja nur eine Uebertragungs-Ersparniß darstellen, wesentlich an den sächlichen Ausgaben Mehrausgaben entstanden sind. Es würde zunächst die Frage entstehen: sind hier bei den Erneuerungsfonds, bei der Erneuerung des Obermaterials, bei den Baufonds oder bei der Erneuerung der Betriebsmittel beträchtliche Summen mehr vorausgesehen worden, als im Etat angelegt sind? Wenn das der Fall sein sollte, so würden diese Mehrausgaben ja gewissermaßen eine erhöhte Kapitalanlage darstellen, die der Zukunft zu Gute käme, da ja die etatsmäßigen Erneuerungsmittel nach der Berechnung des Eisenbahnministers schon den Verschleiß des Jahres übersteigen.

Offenbar wird auch ein erhebliches Plus entfallen auf die höheren Betriebskosten. Ich denke hier zunächst an die höheren Kohlenpreise. Finanzminister Camphausen hat i. Z. mitgetheilt, daß die Kohlenpreise im Ganzen die Bilanz nicht beeinflussen, weil das, was für theuere Kohlen mehr ausgegeben wird bei den Eisenbahnen, wieder mehr einkommt bei den Bergwerken. So sehen wir ja auch hier bei den Bergwerken ein Plus von 10<sup>1</sup>/2 Millionen. Ob sich das heute noch so weit deckt, nachdem die Eisenbahnen durch die Verstaatlichung einen so großen Umfang erreicht haben, kann ich nicht beurtheilen. Sie sehen aber schon hieraus, von welcher Bedeutung es für die Staatsregierung ist, daß sie sich allen Combinationen, die Kohlenpreise künstlich durch Ringbildungen zu steigern, schärfer widersetzt als früher. Wir haben in der letzten Zeit gesehen, daß die Eisenbahnverwaltung größere Mengen Kohlen auch aus England bezogen hat. Das ist jedenfalls in der jetzigen Situation durchaus angezeigt, und ich möchte die Regierung bitten, sich durch die Agitationen der Interessentenkreise nicht betören zu lassen, sondern rücksichtslos das allgemeine Staatsinteresse dem Interesse der zu dem Dinge vereinigten Bechenverwaltungen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Dann kommt auch in Betracht die Vertheuerung der Schienen, welche durch die Schienenkartelle zum Theil hervorgerufen ist. Unzweifelhaft ist ein Theil der Mehrausgaben auf eine solche Vertheuerung des Materials zurückzuführen. Der Reichstag hat auf meinen Antrag bei dem Etat der eisenbahnischen Bahnen eine Resolution angenommen, und die Regierung hat dem zugestimmt, welche die Regierung ersucht, künftig bei der Etatsberathung die Ergebnisse der Schienensubmissionen genau anzugeben, damit man parlamentarisch im Stande ist, auf die Wirkung der Kartelle bezüglich der Preisbildung schärfer achten zu können, als es bisher möglich war. Ueberhaupt wäre es sehr nützlich, aus einer Gegenüberstellung der Materialpreise zu sehen, inwieweit die Mehrausgaben mit solchen gestiegenen Preisen in Zusammenhang stehen. Die 65 Mill. Mehrausgaben, von denen der Finanzminister gesprochen hat, sind auch lehrreich für diejenigen, welche immer behaupten, daß die künstliche Ringbildung, wenn sie auch im Inlande vertheuert, es der Industrie ermöglicht, das Ausland um so billiger zu versorgen. Wir sehen, wozin es führt, wenn man durch Begünstigung der Kartelle den Absatz für das Ausland auf Kosten des Inlandes erleichtert, wir sehen, daß die Eisenbahnverwaltung selbst dann die Nachschläge empfängt, und daß diese Schläge in den überraschend hohen Ausgabeziffern und in Folge dessen in einem ungünstigeren Abschluß des Etats zum Ausdruck kommen.

Finanzminister Dr. Miquel: Die Frage des Abg. Richter, von welcher Beschaffenheit die Mehrausgaben sind, und auf welchen Titeln sie beruhen, ist allerdings für die Kalkulation der Zukunft von großer Bedeutung. Durch Rückfragen bei der Eisenbahnverwaltung wollte ich mir Klarheit verschaffen, welcher Theil dieser Mehrausgaben dauernder Natur ist, und welcher vorübergehender. Aber zu einer vollständigen Klarheit bin ich nicht gekommen. Ein großer Theil ist vorübergehender Natur, und veranlaßt durch die Hochfluthen im Herbst; aber es ist nicht der größere Theil. Eine Zusammenstellung bis Januar 1891 ergibt, daß die Mehrausgaben mehr oder weniger auf alten Titeln beruhen, und keineswegs bloß auf den vom Abg. Richter besonders hervorgehobenen. Wir haben in Folge der Gehaltserhöhungen und neuen Einstellungen bis Ende Januar gegenüber dem gleichen Zeitraum des

vorangegangenen Jahres eine Mehrausgabe von 11 Millionen, an Wohnungsgeldzuschüssen 7 Millionen, für Hilfsarbeiter und verwandte Ausgaben ein Mehr von 10 Millionen, an sachlichen Mehrausgaben 3 Millionen, für die Unterhaltung der Bahnanlagen 5 893 000 M., Kosten für Bahntransporte mehr 12 413 000 Mark, für Erneuerung der Betriebsmittel mehr 13 Millionen, für Restitutionsen u. dgl. 1 846 000 M. Mehrausgaben sind also auf allen Gebieten enthalten. Dauernd sind die Mehrausgaben für Gehälter und Wohnungsgeldzuschuß, und darin steckt ein großer Theil der Mehrausgaben. Bis Ende Januar betrugen die Mehrausgaben 50 533 000 M., während der Etat überhaupt eine Mehrausgabe von 58 Millionen vorsieht. Im Monat April d. J. haben wir noch eine bedeutende Mehrausgabe zu erwarten. Wir müssen hoffen, daß dieselbe sich mit der Zeit vermindern werde.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Für die Verzögerung der Fertigstellung des Etats ist Niemand verantwortlich. Abg. Richter mühte wissen, daß die Verathung der Landgemeinde-Ordnung, die er so sehr befürwortete, einen großen Theil der Zeit in Anspruch genommen hat. Im Wesentlichen erklärt darauf der Redner seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Abg. Richter in Bezug auf die Kohlenringe und gesteht ein, daß er den früher bekämpften Antrag Richter-Schrader, die Kohlentarife herabzusetzen, mit günstigeren Augen ansehe. Den Versicherungen der Kohlsyndikate, daß sie nicht die Absicht haben, die Preise in ungebührlicher Höhe zu erhalten, kann nach ihrer Thätigkeit kein Glauben geschenkt werden. Die hohen Kohlenpreise, welche eine Kalamität für das ganze Volk bilden, sind durch die Produktionskosten nicht gerechtfertigt. Der Preis von 10—11 M. für Förderkohle ist durch die Höhe der Löhne nicht bedingt. Die Ausnahmetarife für Kohlen im Westen haben die Becken übermüthig gemacht. Der Export in das Ausland ist dadurch auf Kosten des Inlandes ermöglicht worden, während die Einfuhr ausländischer Kohle durch hohe Tarife erschwert wird. Es ist charakteristisch, daß der Eisenbahnminister so traurige Erfahrungen an demselben Industriezweige macht, den er mit großer Vorliebe großgezogen hat. Es muß etwas geschehen, um der Kohlentheuerung vorzubeugen.

Abg. Ricker: Herr Graf Kanitz macht Fortschritte, er wird schließlich auch noch auf die nationale Anlagengebank kommen, weil er auch nach englischer Noble ruft. Eine solche Wendung kann uns nur freuen. Was die Verzögerung der Fertigstellung des Etats betrifft, so wurde ja die Beratung der Landgemeindeordnung begonnen, als keine Aussicht auf rechtzeitige Fertigstellung des Etats vorhanden war. Und die Landgemeindeordnung, die Ihnen ja greulich ist, auch in ihrer jetzigen Fassung hinauszuschieben, dazu hatten wir allerdings keine Lust. Aus den Zahlen des Finanzministers kann man nicht genau ersehen, welche Ausgaben vorübergehend, welche dauernd sind. Deshalb richte ich noch einmal an ihn die Bitte, die amtlichen Zahlen nach Abschluß im „Staatsanzeiger“, der ja das einzige offizielle Organ der Regierung ist, zu veröffentlichen. Der „Reichsanzeiger“ sollte recht reichlich benutzt werden, um dem Publikum alle bekannten Thatsachen mitzuteilen.

Abg. v. Eyhern (ntl.): Die Uebereinstimmung der Herren Grafen Kanitz mit dem Herrn Richter war mir sehr interessant. Les extremes se touchent: der Junker und der Demokrat ziehen gemeinsam gegen die Kohlenzechen zu Felde. Graf Kanitz scheint aber keine Abnung zu haben, daß auch Kohlen einen Marktwert besitzen, dem sich auch die Staatswerke fügen müssen. Graf Kanitz scheint nur einen Marktwert für Getreide zu kennen, und wenn ihm der nicht paßt, so schreit er nach Getreidezöllen. Graf Kanitz und Abg. Richter triumphiren, über das Eintreten der Regierung für den Bezug englischer Kohle, fordern sie auf, gegen die Ringe einzutreten. Dabei ist der größte Kohlenring der im staatlichen Saarbrücker Revier. Wenn die Herren so darauf halten, die freie schrankenlose Konkurrenz wachsen zu lassen, dann mögen sie doch ihren großen Einfluß — auch beim Abg. Richter wächst er ja — an dem einen Tag zu Tag — dafür einsetzen, daß die einzelnen Zechen im königlichen Kohlenrevier einzeln ihren Verlauf in die Hand nehmen und gegen einander operiren, daß auch sie aus dem Kartellwesen herausgehen. Wer die Verhältnisse richtig beurtheilt, weiß, daß die Kohlenvereinigungen im Ruhrrevier wohlthätig gewirkt haben, nicht im Interesse einer Preissteigerung, sondern einer mäßigen Preisbaltung der Kohle. Aus dem letzten drohenden Strife haben die Kohlenzechen kein Kapital geschlagen. Die englische und französische Kohle arbeitet unter denselben Bedingungen wie die deutsche, sie hat auch ihren gleichen Marktwert, die Feindseligkeit gegen die deutsche Kohle zu Gunsten der ausländischen hat also keinen Sinn.

Abg. Richter: Ich habe mich durchaus nicht gegen die freie Preisbildung und freie Konkurrenz ausgesprochen. Alle meine Ausführungen gipfelten nur in dem Verlangen, daß nicht durch staatliche Einrichtungen Koalitionen künstlich gefördert und damit die Ringbildung künstlich gestützt wird. Die Anträge auf die Gränzkantik Bezug nahm, gingen darauf hinaus, daß man aufhören möge, die Kohlenausfuhr, wie es bisher geschehen ist, künstlich zu begünstigen. Indem man auf jede Weise, während einer langen Reihe von Jahren besonders billige Ausfuhrtarife für Kohlen ausfuhr, nach Holland, nach der Schweiz, und indem man auf der anderen Seite der Zufuhr englischer Kohlen keinerlei Erleichterungen ausfuhr, hat man künstlich den Absatz der inländischen Kohlenangebote gestärkt und die Konkurrenz des Auslandes ferngehalten, und dadurch solche künstliche Preissteigerung der Kohle gestützt. Ich wende mich gegen solche künstlichen Unterstützungen, wie sie die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck für die Kohlenindustrie gebracht hat, in erster Reihe, und in zweiter Reihe gegen eine andere künstliche Einrichtung, von der ich nicht weiß, in welchem Umfange sie noch weiter besteht. Seiner Zeit ist eine Konventionalstrafe eingeführt worden für den Fall, daß die einzelnen Kohlenzechen ihre Produktionsmenge überschreiten gegenüber der Produktionsmenge der Vorjahre. Diese Konventionalstrafe ist zulässig gemacht worden durch eine Statutenänderung der Bergbau-Hilfskasse in Westfalen, in der Weise, daß diejenigen Zechen, die mehr produziren als im Vorjahre, außerordentliche Beiträge zu dieser Kasse, entsprechend ihrer Mehrproduktion, zahlen müssen, die so hoch sind, daß sie den Charakter einer Strafe tragen. Herr v. Mambach hat zuerst sich der Bestätigung dieser Statutenänderung, die



auf eine staatlich organisierte Koalition der Bechen hinausläuft, widersteht, wurde aber durch den Fürsten Bismarck veranlaßt, sie doch zu bestätigen. Diese künstliche Begünstigung der Kohlenpreissteigerung will ich fernhalten. Wir werden sehen, ob dann noch eine Preissteigerung in dem bisherigen Maße möglich ist. Gerade die Kohlen sind ja einer plötzlichen raschen Steigerung besonders ausgesetzt, weil der größte Teil der Produktion im Voraus verschlossen ist und nur ein geringes Quantum verfügbar bleibt, sodaß wenn plötzlich eine gesteigerte Nachfrage hervortritt, die Preissteigerung viel größer ist, als wenn dieser ein größeres verfügbares Angebot gegenüberstände. Nun haben nach dem ersten westfälischen Strife die Staatsbehörden plötzlich in einer gegen die Konsumenten ganz rücksichtslosen Weise ihre eisernen Bestände an Kohlen erhöht, und das hat ganz außerordentlich zur Kohlenpreissteigerung beigetragen. Bei dem drohenden Strife in den letzten Monaten fanden zwar auch entsprechende Erhöhungen der Bestände statt, diesmal aber durch Ankäufe aus England, wodurch eine ähnliche Preissteigerung verhindert wurde.

Herr v. Eyhern stellt es so dar, als ob er zwischen den beiden politischen Extremen, Herrn Grafen Kanitz und mir, die vernünftige Mittelpartei darstelle. Nein, politische Gesichtspunkte kommen hierbei gar nicht in Betracht. Ich unterscheide zwischen demjenigen, der das allgemeine Staatsinteresse bei solchen Fragen vertritt, und dem, welcher geneigt ist, das Interesse bestimmter Produktionszweige dem allgemeinen Interesse voranzustellen. In Bezug auf die Getreidepreise glaube ich übereinstimmend mit Herrn v. Eyhern das allgemeine Interesse gegen künstliche Beschränkung des Angebots zu vertreten. Bei dem Kohleninteresse bin ich weniger sicher des Herrn v. Eyhern, dagegen um so sicherer des Herrn Grafen Kanitz. Ich hoffe, daß beide Herren mir noch weiter näher kommen, daß Herr Graf Kanitz sich meinem Standpunkt in Bezug auf Getreide, und Herr v. Eyhern in Bezug auf die Kohle anschließen wird. Dann werde ich mit beiden Herren Arm in Arm das Jahrhundert in die Schranken rufen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Kanitz (konf.): Die Landgemeindeordnung ist mir durchaus kein Greuel, mit ihrem jetzigen Wortlaut bin ich ganz einverstanden. Wenn Herr v. Eyhern mich als Junker, Herrn Richter als Demokrat bezeichnete, so fällt mir das Wort ein: Prophetie rechts, Prophetie links, das Weltkind in der Mitte (Heiterkeit). Ich stehe auf dem Standpunkte, daß gerade die Kohlenpreissteigerung die sozialdemokratische Bewegung in den Bergbaudistrikten steigert, daß in England die Preise ungefähr die gleichen sind wie bei uns, ist richtig. Aber dort lauten die Preise „frei an Bord“, und das Verhältnis wäre nur dann dasselbe wie bei uns, wenn auch die Bechen zu den gleichen Preisen die Kohlen frei nach den Häfen lieferten. Die Frage von Herrn Richter in Bezug auf die Kohlenvereinigungen glaube ich beantworten zu können durch den Hinweis auf das Statut des westfälischen Kohlsyndikats. Dieses Syndikat bestimmt die Preise, und seine Konventionalfestsetzung darin, daß für jeden Doppelwagen Koks, welcher im freien Markt verkauft wird, eine Konditionalstrafe von 500 M. besteht. Die Statuten der Kohlenkaufvereine lehnen sich ganz an das Statut des Kohlsyndikats an. Wenn Herr Richter meint, daß ich Gegner jedes Kohlen-, aber Förderer jedes Getreideringes bin, so faßt er die Bedeutung der Kohlenringe und der Getreidepreise ganz anders auf wie ich. Bei den Getreidepreisen handelt es sich darum, einen unumgänglich notwendigen Erwerbsstand zu erhalten. Bei den Kohlenpreisen ist es ganz anders. Hier sind die Besitzer, die Aktionäre, wohlhabende Leute. Die hohen Getreidepreise kommen der Mehrheit des deutschen Volkes zu gute, während an den hohen Kohlenpreisen nur eine Anzahl wohlhabender Leute ein Interesse haben.

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Die Abgg. Richter und Richter sind wenigstens in wirtschaftlichen Dingen so vorurteilsfrei, daß sie prinzipiell jedem Produzenten eine künstliche Vertheuerung seines Produktes verbieten wollen, Graf Kanitz aber will den Industriellen ein Recht nehmen, welches er für andere Interessentengruppen in Anspruch nimmt. Glaubt Graf Kanitz, daß der Landwirth ein bevorzugter Mensch ist in unserem Staatswesen? (Lachen rechts). Das ist ein feindlicher Standpunkt, der Standpunkt einer glücklicherweise untergegangenen Zeit. Ich erinnere den Grafen Kanitz an die Zeit, wo er selber der Ueberzeugung war, daß die Bergwerke sich am Abgrunde des Bankrotts befanden. Die englischen Kohlenpreise sind höher als die westfälischen. Wenn englische Kohlen vor wenigen Monaten vom Staat und den Industriellen bezogen wurden, so geschah es um sich zu versorgen, weil man Strikes befürchtete, die Kohlen wurden auch zu höheren Preisen bezogen. Die Kartelle können nicht zwangsweise bekämpft werden, es giebt kein Mittel, das aber ist unfehlbar, daß sie mäßigend auf die Preissteigerung wirken. Die Preise werden heruntergehen und müssen es im volkswirtschaftlichen Interesse. Der Zeitpunkt liegt auch näher, wie Manche glauben.

Abg. v. Eyhern: Die Kohlenfrage und die Kohlenpreise werden uns in den nächsten Jahren noch sehr häufig beschäftigen. Wir können es nicht mit ansehen, daß die Kohlenpreise unseres Landes ohne Vortheil ausgebeutet werden. Die Saarkohle kann sich dem allgemeinen Konkurrenzpreis nicht entziehen. Die Sozialdemokratie wird nicht von den hohen Kohlenpreisen großgezogen, sondern durch

die fortwährenden Reben des Grafen Kanitz gegen die Kohleninteressenten. Erfreulich ist, daß Abg. Richter auf den Saarrieg nicht zurückgekommen ist. Eine verständige Beschränkung der Produktion ist doch keine Sünde, ist doch jedenfalls vernünftiger als ein Raubbau.

Finanzminister Dr. Miquel erwidert auf die Frage des Abg. Richter bezüglich der Veröffentlichung des Finalabschlusses der Einnahmen im „Staatsanzeiger“, daß er keine bestimmte Erklärung abgeben könne, weil der Beschluß dem Staatsministerium zustehe, daß aber die Sache in Erwägung gezogen werden würde.

Abg. Schmieding (ntl.) erwidert dem Grafen Kanitz, daß auch die Kohlenindustrie wie die Landwirtschaft im Niedergang gewesen sei. Das Kohlsyndikat habe die Preise in Jahresfrist um das Doppelte ermäßigt, von 28 M. auf 13 M.; wie könne man da von einer künstlichen Preissteigerung durch das Kohlsyndikat sprechen. Der Staat habe in der Eisenbahnverwaltung das größte Monopol, bilde den größten Ring; wie könne Abg. Richter diesen staatlichen Ring zum Kampfe gegen private Ringe auffordern, wie könne er hohe Kohlentarife befürworten. Er bestreite, daß die in Westfalen bestehenden Vereinigungen thatsächlich Ringe seien.

Abg. Richter: Die Einrichtung der westfälischen Bergbaulieferanten ist in der That eine künstliche Koalitionsbildung, die vom Staate unterstützt ist, weil jede Beche gezwungen ist, sich ihr anzuschließen und sich ihre Mehrheitsbeschlüsse gefallen zu lassen. Das ist keine freie Vereinigung der Produzenten, sondern entspricht der staatlichen Kontingentierung der Brauntweinproduktion. Das Monopol der Staatsbahnverwaltung ist wesentlich das Verdienst der Freunde des Herrn Schmieding; nachdem es aber einmal besteht, haben wir kein Interesse daran, die Verwaltung den Koalitionen der Produzenten preiszugeben. Die Gestaltung der Kohlentarife verfolgt ausgesprochenenmaßen die Begünstigung der Produzenten zum Schaden der Konsumenten.

Abg. Graf Kanitz bestreitet, ein Gegner der Kohlenindustrie zu sein; er wolle aber auch für die Eisenindustrie eintreten. Die Kokspreise liegen gegenüber den früheren Jahren, wo sie 7, ja sogar 5 Mark betragen hätten, ungeheuer gestiegen auf 16 und 17 Mark durch das Kohlsyndikat und darunter leide die deutsche Eisenindustrie ungeheuer. Mit den hohen Getreidepreisen ist es ganz anders. Diese haben allerdings jetzt eine Höhe erreicht, welche auch von der Landwirtschaft bedauert werden muß (Heiterkeit links). Zuruf: Heben Sie doch die Getreidebölle auf! Aber an dem Profite des Getreideringes, wenn ein solcher überhaupt besteht, nehmen die Produzenten, die Landwirthe keinen Antheil. (Lachen links.)

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

In der Spezialdiskussion sagte beim Fortsetzt Landwirthschaftsminister v. Seyden auf eine Anfrage des Abg. Leemann (Str.) sein Interesse an der Anstellung der geprüften Gemeinde-Oberförster zu.

Bei Etat der indirekten Steuern bemerkt

Abg. Richter: In den letzten Tagen hat die Zeitungsachricht große Aufregung in der Bevölkerung verursacht, daß an der schlesischen Grenze ein Grenzzollbeamter auf drei Personen, welche etwas Wehl über die Grenze von Oesterreich nach Preußen gebracht hatten als nach dem Gesetz zulässig ist, als sie seinem Rufe: „Halt!“ nicht sofort Folge leisteten, geschossen und tödtlich verletzt hat. Wie ist ein solcher Fall möglich? Hat der Grenzzollbeamte in diesem Falle nicht seine Instruktion überschritten? Und was wird geschehen, um einen derartigen Mißbrauch der Instruktion dieser Beamten zu verhindern?

Finanzminister Dr. Miquel erwidert, daß, so bedauerlich der Fall sei, doch nicht das geringste Anzeichen vorliege, daß die Beamten ihre Befugnisse überschritten und sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht haben. Die Beamten haben nach den Gesetzen gehandelt, wie der eingeforderte Bericht ergibt. Das Gesetz schreibt vor, daß über derartige Fälle immer eine Untersuchung stattfindet, welche aber noch nicht abgeschlossen ist. Nach dem Berichte stellte sich der Fall folgendermaßen: In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai um 1 Uhr trafen zwei Grenzaufseher einen geschlossenen Trupp von 13 Personen. Trotz mehrfachen Anrufens ergriff der gesamte Trupp die Flucht, weshalb die Beamten, nachdem auch ein Schreckschuß ohne Erfolg geblieben war, von der Schußwaffe ernstlich Gebrauch machten und hierbei die Weber Wiedemann und Umlauf, sowie ein Mädchen Anna Fiedel aus Hausdorf verwundeten. Bei diesen Verwundeten, so scheint aus dem Bericht hervorzugehen, hat sich ein Betrag von 102 Kg. Wehl ergeben. Es handelt sich also um einen wirklichen Schmuggel, nicht um das erlaubte steuerfreie Einbringen von kleinen Quantitäten Wehl. Im Uebrigen erklärt sich der Minister bereit, das Resultat der gerichtlichen Untersuchung mitzutheilen.

Darauf wird der Etat bewilligt.

Beim Vergetat wünscht

Abg. Sombart (nl.) eine Besserstellung der Marktscheider.

Geh. Rath Guyssen erwidert, daß die Marktscheider den Landwirthen gleichgestellt seien, mit welchen sie gleiche Vorbildung hätten.

Abg. Richter fragt den Minister, ob es wahr sei, daß die fiskalischen Gruben in Königshütte einem preussischen Beamten-

verein dieselbe Quantität Kohlen zu derselben Zeit erheblich billiger verkauft haben als den Kohlenhändlern. Das wäre durchaus nicht zu billigen.

Handelsminister v. Berlepsch erklärt, daß er diese Nachricht in der Presse gelesen und daraufhin Bericht eingefordert habe. Auf Grund dieses Berichtes könne er feststellen, daß der Danziger Beamtenverein, um den es sich hier handele und der 25000 Zentner abgenommen habe, keinen niedrigeren Preis gezahlt hätte als Kohlenhändler.

Beim Etat der Bauverwaltung bringt

Abg. Dr. Forst (Str.) die Frage der Kanalarbeiten in Breslau zur Sprache mit Rücksicht auf die Verhandlungen im Herrenhause. Die Stadt Breslau habe sich nicht bloß zur Zahlung von 50 000 M., sondern zu Aufwendungen von mehr als einer Million Mark verpflichtet, falls der Großschiffahrtsweg durch Breslau gehen solle. Auf Klage der Schiffer sei jedoch die Frage in ernsthafte Erwägung gezogen, ob nicht der Kanal um die Stadt herumgeführt werden solle. Die Verhandlungen der Regierung hätten große Beunruhigungen hervorgerufen, da die Stadt der Meinung gewesen sei, daß der Vösch- und Ladeverkehr innerhalb der Stadt sich befände. Erst als die Regierung es ablehnte, bezüglich des Vösch- und Ladeverkehrs eine die Stadt Breslau beruhigende Erklärung abzugeben, habe der Magistrat seinen Beitrag zurückgezogen und sei aus dem Kreise der Interessenten herausgetreten, weil Breslau bei der Herumführung des Kanals nur Nachteile erleide. Bedauerlich sei die Erklärung des Regierungskommissars im Herrenhause, daß die Verwaltung nunmehr ohne andere als technische Gründe den Kanal fertig stellen werde. Denn man dürfe doch Breslau, die größte Stadt Schlesiens, nicht vernachlässigen.

Geh. Rath Schulz erwidert, daß der Stadt Gelegenheit gegeben werden würde, sich über die Angelegenheit zu äußern, falls sie in den Interessentkreis wieder zurückkehren wolle.

Abg. Frhr. v. Heereman (Str.) verlangt die Gestattung der freien Benutzung der zu beiden Seiten des Rhein-Ems-Kanals anzulegenden Wege bezw. Verbreiterung derselben, da die Gemeinden unter diesen Voraussetzungen bereits Vorausleistungen gemacht hätten.

Geh. Rath Schulz erwidert, daß die Regierung keine bindende Erklärung abgegeben habe über die Benutzung und Erweiterung der Wege, und daß die Erfüllung dieses Wunsches von dem Umfange der Mittel abhängt.

Der Etat wird bewilligt.

Vor der Berathung des Etats des Handelsministeriums vertrat sich das Haus.

Zur Geschäftsordnung bittet

Abg. Richter die Regierung um Erklärungen, ob die Gerüchte, daß noch neue Vorlagen in Aussicht ständen, begründet sind, und ersucht den Präsidenten, festzustellen, welche Vorlagen noch erledigt und welche unerledigt bleiben sollten.

Minister v. Bötticher erwidert, daß die Gerüchte über neue Vorlagen in das Gebiet der Enten gehörten, welche mit Beginn der wärmeren Jahreszeit in der Presse aufzutreten pflegen. (Heiterkeit.) Von einem Nachtragset sei ihm nichts bekannt, ebensowenig von einer Veränderung in der Organisation von Ministerien, zu der die Mitwirkung des Landtages erforderlich sei. Ueber die Frage, welche Vorlagen noch zu erledigen seien, hoffe er, werde eine volle Uebereinstimmung sich erzielen lassen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung, Sekundärbahnvorlage.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 26. Mai.

— Der Kaiser wird am 29. d. M. aus Profelwitz wieder in Berlin eintreffen, um die große Frühjahrssparade über die in Berlin garnisonirenden Regimenter des Gardekörps abzuhalten.

— Minister v. Boetticher hat bei einem Festessen auf der landwirthschaftlichen Ausstellung in Straßund folgenden Ausspruch gethan:

„Wenn auch die neuen Handelsverträge das Maas des Schutzes, welches die Landwirtschaft bisher genossen hat, nicht aufrecht erhalten können, so ist man doch lange nicht berechtigt zu der Annahme, daß die Landwirtschaft geschädigt werde.“

In Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse äußerte Minister v. Boetticher Folgendes:

„Es ist des Kaisers Wille, sein ernster Wille, die öffentliche Wohlfahrt mit allen Kräften zu fördern, und glauben Sie mir, meine Herren, die Sorgen sind bei Weitem nicht so begründet, wie man im Lande des Oesteren hört. Der politische Horizont ist klar und rein, lassen Sie sich nicht durch französische oder russische Uebertreibungen beunruhigen! Meines Erachtens ist nirgends ein vernünftiger Grund zu finden, um mit uns anzufangen, und wir werden niemals anfangen!“

## Die Verfolgung der Juden in Rußland.

II.  
Unter der milderen Regierung Alexanders II. wurden den Juden einige Vergünstigungen eingeräumt. Im Jahre 1865 erließ der Zar ein Edikt, inbegriff dessen er jüdischen Handwerkern erlaubte, sich außerhalb der Grenzlinie, d. h. außerhalb West-, Klein- und Südrußlands, niederzulassen. Außerdem ermächtigte die Regierung um diese Zeit das Bildungsbestreben jüdischer junger Leute. So bald sie eine Universität absolviert hatten oder Mitglieder eines gelehrten Berufs geworden waren, durften sie sich außerhalb der Grenzlinie niederlassen. Obgleich sie in anderer Hinsicht behindert waren, erlaubte ihnen diese unbedeutende Vergünstigung, nach allen Richtungen hin vorwärts zu kommen, besonders aber sich zu bilden.

Nach dem Tode Alexander II. trat eine Aenderung ein. Der Antisemitismus in Deutschland war nur theoretisch und in Worten zum Ausdruck gekommen. Aber er weckte den chronischen Antisemitismus Rußlands, und das bejammernswerthe Ergebnis waren die antijüdischen Unruhen des Jahres 1881. Hierzu kam noch, daß mehrere Militärs, Juden von Geburt waren, obgleich seit langer Zeit ohne alle Beziehungen zu ihrem Glauben und zu ihrem Volke. An der Spitze des Ministeriums des Innern stand in jener Zeit General Zagnatjew, der die Ansichten des antisemitisch gesinnten Beamtenenthums theilte. Noch während der Unruhen (September 1881) forderte er von den Lokalbehörden Gutachten, auf welche Weise „der Ausbeutung der Bauern durch Juden“ Einhalt zu thun sei. Nachdem er einige Zeit hatte verstreichen lassen, um die Antworten zu empfangen, erließ er die berühmten Maigesetze vom 3. Mai 1882.

Die vier Paragraphen dieser Gesetze lauten:

1) Die zeitweilige Maßregel und bis zu einer allgemeinen Revision der die Juden betreffenden Gesetze wird den Juden verboten, sich in Zukunft außerhalb der Städte und Marktsiedeln niederzulassen. Ausgenommen sind die bestehenden jüdischen Kolonien, deren Einwohner Ackerbauer sind.

2) Zeitweilig hat die Legalisirung von Verträgen über Immobilien und Hypotheken zu unterbleiben, wenn Juden Käufer sind,

desgleichen die Eintragung von Juden als Pächter ländlicher Grundstücke, sowie die Ausstellung notarieller Vollmachten, welche Juden zur Verfügung über solche Ländereien berechtigen.

3. Den Juden wird verboten, an Sonntagen und den christlichen Hauptfeiertagen Geschäfte zu betreiben; die bestehenden Gesetze, betreffend das Schließen der den Christen gehörenden Geschäfte an solchen Tagen sind auf die den Juden gehörenden Geschäfte auszudehnen.

4. Die in den Paragraphen 1, 2 und 3 enthaltenen Bestimmungen gelten nur für die Gouvernements innerhalb des jüdischen Niederlassungsrayons.

Zagnatjew begann, seine temporären Gesetze zur Ausführung zu bringen, aber der Unwille, welchen in Westeuropa die Verfolgung der russischen Juden erregte, brachte im Herbst 1882 seinen Sturz zu Wege; mit seinem Verschwinden geriethen seine Gesetze in einem gewissen Maße in Mißkredit, sodaß sie nur zum Theil ausgeführt wurden.

In der That waren viele der Ansicht, daß dieselben gänzlich zurückgezogen seien, und im November 1884 erklärte der Generalgouverneur von Wilna auf eine Anfrage bezüglich einer Bestimmung dieses Gesetzes, daß dasselbe suspendirt sei und vom Senat einer weiteren Erörterung unterzogen würde.

Aber ob mild oder streng angewandt, die Maigesetze blieben im russischen Staatsgesetze bestehen, und es bedurfte nur einer Wiederbelebung der antisemitischen Gefühle in den Regierungskreisen, um dieselben zur vollen Ausführung zu bringen. Durch die steigende Macht Pobedonosseffs, der seit 1880 Procurator des heiligen Synod ist, und durch seinen verderblichen Einfluß auf seinen früheren Schüler, den gegenwärtigen Zaren, ist in Rußland eine Aera religiöser Intoleranz eingeleitet. Christliche Sekten haben Unterdrückung und Gewalt zu erdulden, Lutheraner und römische Katholiken leiden in bestimmtem Maße ebenfalls, wenn auch nicht so sehr als die Juden, unter der Absicht Pobedonosseffs, Alles, was nicht streng orthodox ist, zu unterdrücken.

Während des Winters 1889/90 wurde es bekannt, daß das offizielle Rußland die Maigesetze nicht zurückzunehmen beabsichtige, dieselben vielmehr ausdehnen und verschärfen, sogar zu permanenten Gesetzen machen wolle. Die Generalgouverneure wurden be-

nachrichtigt, daß man dem Zaren eine Ausdehnung der Maigesetze, eine Verschärfung der alten Beschränkungen und die gesetzliche Fiktur früher erlassener judenfreundlicher Entscheidungen des Senats vorzuschlagen wolle. Man hörte, daß der Großfürst Michael, Präsident des Kaiserlichen Raths, seine Stimme gegen diese Vorschläge erhob, und man berichtete sogar, daß der Zar selbst seine Mißbilligung über diese Verfolgungspolitik ausgesprochen habe. Aber trotz dieser mächtigen Intervention, welche hochgeachteten Hoffnungen Raum gab, wurden auf unerklärliche Weise Auszüge der projektirten Gesetze an die Gouverneure der verschiedenen Provinzen gesandt, vorgeblich zu dem Zwecke, dieselben zu einem Gutachten zu veranlassen.

Wunderbar genug handelten einige dieser Gouverneure, als ob die Gesetze schon ratifizirt wären. Auf diese Weise wurden die Gesetze den Juden und anderen Leuten bekannt. Abschriften der Gesetzesauszüge irrthümlich ganz frei in Paris, London, Wilna und Warschau und die Aufmerksamkeit der europäischen Presse wurde auf den drakonischen Charakter dieser Gesetze gelenkt. Die Londoner „Times“ erhob als erste ihre Stimme, um der Welt von der beabsichtigten Tyrannei Kenntniß zu geben. Sofort beileiten sich die russischen Gesandten und andere offizielle Personen zu versichern, daß keine neuen Edikte gegen die Juden beabsichtigt seien.

Es muß in der That der russischen offiziellen Welt klar geworden sein, daß neue Gesetze unnötig sind, um das gewollte Ziel zu erreichen. Das russische Recht kann eben zu jeder Zeit als ein entsetzliches Verfolgungsmittel dienen und zwar lediglich durch die Wiederbelebung alter Gesetze und die Daumenschräube der Polizeimacht. So leben die russischen Juden in einem Zustande beständiger Unsicherheit. Eine weitere Bedrückung erfahren sie durch die Auslegung des Gesetzes, welche von dem Senat, dem höchsten Appellationsgerichtshofe, stets in einem den Juden feindseligen Sinne gehandhabt wird. Ein fernes Unglück für die bedauernswürthen russischen Juden ist die Färte, mit welcher das Gesetz von den Beamten gehandhabt wird. Wir haben in unseren einzelnen Mittheilungen über die dortigen Vorgänge nur zu oft Gelegenheit gehabt, graufige Schilderungen des rücksichtslosen Vorgehens der Beamten zu geben.



— Zu den Landtagsarbeiten bemerkt die „Nat.-Ztg.“: Eine Erledigung der Frage des Wildschadenersatzes und des Entwurfes über die Verlegung der Fuß- und Bettage steht für diese Session nicht mehr in Aussicht.

— Am Donnerstag, den 29. d. M., wird dem Vernehmen nach der „Siebener-Ausschuß“ zur Vorbereitung der Reform des höheren Schulwesens unter dem Vorsitz des Geh. Rathes Hinzpeter wiederum zusammentreten. Seine Beratungen werden sich der „Kreuztg.“ zufolge auf die endgültige Verständigung über die Abgrenzung der Lehrpena und auf die Maßregeln für die Schulhygiene erstrecken.

— Bei der Agitation für neue Eisenbahnprojekte sind die Landräthe angewiesen worden, dasjenige Maß von Zurückhaltung nicht außer Acht zu lassen, welches ihnen durch ihre amtliche Stellung vorgezeichnet ist.

— Landgerichtspräsident Witte in Reisse ließ nach der „Reiss. Ztg.“ den Rechtsanwalt Starke daselbst, als derselbe als Notar vereidigt werden sollte, zu der Vereidigung mit der Bemerkung zitiert, er möge in angemessener Kleidung erscheinen. Nachdem die Vereidigung erfolgt war, stellte Landgerichtspräsident Witte dem Rechtsanwalt Starke zur Rede wegen seines „Patriotismus“. Landgerichtspräsident Witte erblickt in dieser Hinsicht einen Mangel in dem Umstande, daß er den Rechtsanwalt Starke nicht bei dem Königsgeburtstagsdiner der Offiziere und Beamten in der Offizier-Kessource gesehen hat. Die Thatsache, daß Rechtsanwalt Starke im Stadthause mit den Bürgern den König ehrte, genügt dem Landgerichtspräsidenten Witte nicht. Ein Rechtsanwalt und Notar hat sich als Beamter zu fühlen und das u. a. auch dadurch zu zeigen, daß er am Königsgeburtstage mit den Offizieren und Beamten speist.

— Unter den russischen deutschfeindlichen Blättern nimmt die „Nowoje Wremja“ einen hervorragenden Rang ein. Heute glauben die „Sam. Nachr.“ behaupten zu sollen, daß die „Nowoje Wremja“ ein in französischen und Berliner fortschrittlichen Händen befindliches Unternehmen ist. Die „Sam. Nachr.“ reden wiederholt davon, daß jenes Blatt, „unter praktischer Mitwirkung von Berliner Fortschrittsträften“ erscheine und französischen Interessen diene. Man wird, so lange für diese Anschuldigung gegen die Fortschrittspartei kein Beweis gebracht ist, ruhig annehmen dürfen, daß die „Sam. Nachr.“ sich einer „Bauschalverleumdung“ schuldig gemacht haben. Verwunderlich aber muß es erscheinen, daß Fürst Bismarck es für angemessen hielt, am 10. Mai 1890 jenes russisch-französisch-berlinische Blatt dadurch auszuzeichnen, daß er dessen Berliner Korrespondent Lwow empfangt und mit langen Auseinandersetzungen über die deutsche Politik gegen Oesterreich und Rußland und über viele andere Dinge beehrte.

**Essen a. d. Ruhr, 26. Mai.** Auf Veranlassung der Königl. Eisenbahndirektion (rechtsrheinisch) fand heute hier eine Konferenz mit den Vertretern der hauptsächlich interessirten Bechen behufs Verständigung über Lieferung des erforderlichen Quantums von Lokomotivkohlen von stark 1 000 000 Tonnen statt. Auf das ganze Quantum fand kein Angebot statt. Offerten erfolgten für Primaqualität zu 105 M., für geringere Sorten mit Abkufungen von 2 bis 3 M. pro Doppelwagen. Die Entscheidung ist bis zum 30. d. M. vorbehalten.

**Mainz, 26. Mai.** Der 21. Wochen dauernde Streik der hiesigen Schreinergehilfen ist jetzt zu Gunsten der Meister, welche auf der zehnstündigen Arbeitszeit beharren, durch Nachgeben der Gehilfen beendet.

## Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

**K. Bronke, 24. Mai.** (Ueberfahren. Pfingstschrecken.) Am gestrigen Tage hütete das 8 Jahre alte Töchterchen eines Bahnwärters kurz vor Bronke eine Ziege an der Böschung der Straße. Der Schnellzug brauste heran, die Ziege sprang mitten auf das Gleis, und als das kleine Mädchen das Thier zurückziehen wollte, wurde es von der Maschine erfasst und auf der Stelle getödtet. — Am heutigen Tage erreichte das diesjährige Pfingstschrecken der hiesigen Schützengilde sein Ende. Der auch sonst als bester Schütze der Gilde bekannte Herr Tischlermeister Szamkiewicz wurde auf eine „Gute Elfe“ als Schützenkönig proklamiert. Das Zentrum „die Zwölf“ war für diesmal von den Schützen verschont geblieben.

**Schweidnitz, 25. Mai.** (Unglücksfall durch Dynamit.) Der Sohn eines Steinarbeiters in Streßlich hiesigen Kreises gab dieser Tage einem 13jährigen Mädchen daselbst einige Dynamitpatronen. Das Mädchen, die Gefährlichkeit derselben nicht kennend, stach mit einer Nadel in eine derselben. Bei der Explosion wurden dem Kinde die Augen erheblich verletzt, die eine Hand ganz und von der andern einige Finger losgerissen.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 26. Mai.** Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister Beckler erklärte, die Regulierung der Valuta bilde einen integrierenden Bestandtheil des Programms der Regierung. Er habe am 15. Januar dem Ministerrathe eine ausführliche Darstellung unterbreitet, auf Grund deren er ermächtigt wurde, mit der österreichischen Regierung in bindende Verhandlungen zu treten, welche gegenwärtig schwebten. Bei dem Entgegenkommen der österreichischen Regierung sei die Hoffnung gerechtfertigt, daß die Frage bald gelöst werde und er (der Finanzminister) in nicht ferner Zeit in der Lage sein werde, dem Hause darauf bezügliche Vorschläge vorzulegen. Wichtig sei hierzu die Herbeischaffung des nöthigen Geldes; er benötige jede Gelegenheit, dieselbe zu fördern. Es sei unmöglich, die Wertrelation lange Zeit vorher festzustellen. Bei der Valutaregulierung könne auch in Erwägung gezogen werden, ob auf eine kleinere Geldeinheit übergegangen werden solle.

**Paris, 25. Mai.** Deputirtenkammer. Zur Abstimmung über die Zolltarifvorlage übergehend, nahm die Kammer den Zoll auf Pferde mit 30 Frs., auf Füllen mit 20, auf Maulthiere mit 5 und auf Esel mit 3 Frs. an. Die Kommission hatte die von der Regierung vorgeschlagenen Zollsätze nur für Füllen abgeändert, auf welche ein Zoll von 18 Frs. angelegt war.

**Paris, 26. Mai.** Nach Meldungen aus Iquique hat die Kongresspartei einen Freundschaftsvertrag mit der Republik Bolivien abgeschlossen. Gleichzeitig wurde beiderseits beschlossen, betreffs Regelung der schwebenden Grenzstreitigkeiten in Unterhandlungen zu treten.

**Paris, 26. Mai.** Der Municipalrath beauftragte sein Bureau als Vermittler zwischen der Omnibusgesellschaft und

den ausländischen Bediensteten derselben einzutreten. Zwei Streikende, welche heute Morgen einen Omnibus anhielten, wurden unter die Räder geworfen und tödtlich verletzt.

**London, 26. Mai.** Der „Times“ wird von angeblich gut unterrichteter Seite aus Petersburg mitgetheilt, daß die Meldung aus Wien von der beabsichtigten Verheirathung des Großfürsten Thronfolgers mit einer Tochter des Fürsten von Montenegro absolut unwahr sei.

**London, 26. Mai.** Die Firma Armstrong, Mitchell & Co. theilt mit, daß Turpin bei den Verhandlungen über den Verkauf des Melinitz ausdrücklich erklärt habe, volles Verkaufsrecht zu haben. Die französische Regierung habe später an dem Melinit wichtige Verbesserungen vorgenommen, welche Turpin nicht mitgetheilt worden seien.

**Konstantinopel, 26. Mai.** Der russische Botschafter Nelidow reist Abends dem Großfürsten Georg entgegen, dessen Ankunft am Donnerstag hier erwartet wird. Der Großfürst wird während seines zweitägigen Aufenthaltes hieselbst an Bord des russischen Schiffes „Korniloff“ Wohnung nehmen.

**Sofia, 26. Mai.** Die „Agence Balkanique“ meldet: Infolge der von der bulgarischen Regierung an Rumänien gerichteten Aufforderung, die der Mitschuld an der Ermordung Beltschewskis verdächtigen bulgarischen Emigranten Rizow und Rajarow auszuliefern, prüfte die rumänische Regierung die diesbezüglichen Aktenstücke sowie den auf Nichtauslieferung lautenden Beschluß des zuständigen Untersuchungsrichters und beschloß, die beiden Emigranten aus Rumänien auszuweisen. Rizow ist bereits über die Grenze gebracht.

**Frankfurt a. M., 26. Mai.** Heute Nachmittag 6 Uhr löste sich bei der Niederfahrt aus noch unaufgeklärter Ursache der Fesselballon der internationalen elektrischen Ausstellung los, trieb in beträchtlicher Höhe nach Nordosten und fiel erst nach 1/4 stündiger Fahrt. Die Passagiere sowie die Bedienungsmannschaften sind unverfehrt.

## Angekommene Fremde.

**Bosen, 27. Mai.** Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Kgl. Landrath v. Hellmann aus Bissa, die Rittergutsbesitzer Rittmeister Jouanne aus Neutomschel und v. Günther aus Grzybno, Privatier Schneider aus Breslau, Fabrikant Gröbner aus Leipzig, Architekt Maz aus Sagan i. Schl., die Kaufleute Wittner aus Magdeburg, Steinhäuser aus Leipzig, Gardeland aus Forstheim, Jachs, Kantorowicz, Stahl und Peter aus Berlin, Fink aus Frankfurt a. M., Techniker Thiele aus Breslau.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Rittergutsbesitzer Bienen aus Schudla, Brauereibesitzer Gabed aus Grätz, Referendar Schöhl aus Glogau, die Kaufleute Jaacobsen, Vertling, Fränkel, Sülzner, Wohl, Charmad, Löwy, Bromberg, Hepler, Blum, Rotermund, Michaelis, Bof und Lehmann aus Berlin, Zanig aus Königsberg i. Pr., Gottschalk aus Lübeck, Mehrländer und Keil aus Leipzig, Meisel aus Myslowitz, Abel aus Stargard i. P., Dignowitz aus Chemnitz, Krämer aus Rheydt, Landen aus Breslau, Franz aus Delsnitz i. S., Schulz aus Blauen i. B., Blomquist aus Merseburg a. S., Harbegen aus Furthwangen, Febrle aus Landsberg a. B., Jurgberg aus Frankfurt und Lehmann aus Wonnitz, Doktor Braun aus Berlin, Rentiere Schloffer und Schwester aus Diadow, Vize-Wachtmeister Gollisch aus Bosen.

Hotel de Berlin (W. Kamiński.) Die Rittergutsbesitzer v. Koscielski aus Scharle, v. Rycklowski aus Blyzce, Frau Tomaszewicz und Tochter aus Studzieniec, Rentier v. Bagomietz aus Breschen, die Kaufleute Löwenthal aus Berlin, Kuhn aus Warchau und Schm aus Guben, Propst Krutzka aus Barcin.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Levy und Frau aus Jutroschin, Heinzius und Bluth aus Berlin, Korn und Friedberger aus Breslau, Geschwister Wolfsohn aus Neustadt b. P., Rabbiner Dr. Hildesheimer aus Berlin, Dr. Friedländer und Frau und Frau Dr. Garfa aus London.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Brodtkieper aus Elberfeld, Anspach, Löwy und Bernstein aus Berlin, Unruh aus Stettin, Stein aus Danzig, Jany aus Hamburg, Haase und Frau aus Liegnitz, Pfarrer Bod aus Weichen, Apotheker Bod aus Penzlin, Divisionspfarrer Bod aus Flensburg, Ingenieur Kujera aus Orbin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Beamter Trylitz aus Slupce, Agronom Loffow aus Weichen, die Kaufleute Hanke aus Breslau und Großer aus Berlin, Fräulein Heinke aus Schrimm.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Red aus Berlin, Engster aus Frankfurt a. M., Hauenschild aus Götting, Cassirer aus Hamburg, Niemcewicz aus Turew und Mehlisch aus Breslau, Maurermeister Hinz aus Gollub, Vorwerkbesitzer Rakowski aus Grodziszewski.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute v. Unruh und Hinte aus Leipzig, Abel, Hansen und Gutjahr aus Berlin, Raphael aus Kassel, Deichl aus Erfurt, Müller aus Frankfurt a. O. und Baum aus Dresden, Techniker Schroder aus Krottschin.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Klein aus Reichenbach und Jemel aus Dresden, Zeugleutnant Gaim aus Rastatt, Oberlehrer Winterfeld aus Stettin, Gymnasiallehrer Heinrich aus Uchte in Hannover.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Bauer und Fischer aus Berlin, Delsner und Zeppler aus Breslau, Kaminski aus Schweidnitz, Ofieciuchowicz, Kaufhuth und Jentkiewicz aus Weichen, Engster und Frau aus Frankfurt und Orzastkiewicz aus Brzozza, Zahlmeister-Abscriptant Marlow aus Glogau, Landwirth Stapski aus Mielarzewo, Drahttechniker Szamanski aus Kions, Fleischermeister Trauschapp aus Weichen.

## Meteorologische Beobachtungen zu Bosen im Mai 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem. i. Cel. Gr.
26. Nachm. 2	749,8	SW stark	bedeckt	+15,9
26. Abends 9	751,1	SW mäßig	trübe	+12,5
27. Morgs. 7	752,8	N mäßig	bedeckt	+11,3
Am 26. Mai	Wärme-Maximum			+18,1° Cel.
Am 26.	Wärme-Minimum			+12,1°

## Wasserstand der Warthe.

Bosen, am 26. Mai	Morgens 1,16 Meter.
„ „ 26. „	Mittags 1,16 „
„ „ 27. „	Morgens 1,16 „

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurze.

**Hamburg, 26. Mai.**

Gold in Barren pr. Kilogr. 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilogr. 131,50 Br., 131,00 Gd.

**Breslau, 26. Mai.** Etwas günstiger.

3 1/2 %ige L.-Pfundbriefe 96,50, 4 %ige ungarische Goldrente 90,40, Konjolidirte Türken 18,00, Türksche Loose 73,50, Breslauer Diskontobank 96,50, Breslauer Wechselbank 99,50, Schlesischer Bankverein 114,00, Kreditaktien 161,15, Donnersmarkt 80,00, Oberschles. Eisenbahn 66,75, Oppelner Zement 88,00, Kramsta 126,00, Laurahütte 123,65, Verein. Delfabr. 106,75, Oesterreichische Banknoten 173,00, Russische Banknoten 241,75.

Schles. Zinkaktien 191,00, Oberschles. Portland-Zement 98,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 121,00, Flöthor Maschinenbau —.

4 %ige Obligationen der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 100,90. Schlesische Dampfkraftkompanie —.

Neue 3proz. Reichsanleihe 85,00.

**Frankfurt a. M., 26. Mai.** (Schluß.) Ermattend.

Gold. Wechsel 20,445, 4proz. Reichsanleihe 105,95, österr. Silberrente 79,50, 4 1/2proz. Papierrente —, do. 4proz. Goldrente 96,10, 1860er Loose 124,20, 4proz. ungar. Goldrente 90,40, Italiener 91,40, 1880er Russen 97,80, 3. Orientanl. 75,70, unifiz. Egypter 97,40, konv. Türken 18,00, 4proz. türk. Anl. 82,60, 3proz. portug. Anl. 43,20, 5proz. serb. Rente 87,70, 5proz. amort. Rumänier 98,60, 6proz. tonj. Mexik. 85,50\*, Böhm. Westb. 307, Böhm. Nordbahn 160 1/2, Franzosen 237, Galizier 188, Gotthardbahn 147,80, Lombarden 86 1/2, Lübeck-Büchen 166,50, Nordwestb. 178 1/2, Kreditakt. 257 1/2, Darmstädter 134,30, Mitteld. Kredit 102,30, Reichsb. 143,90, Disl.-Kommandit 178,40, Dresdner Bank 139,70, Pariser Wechsel 80,866, Wiener Wechsel 173,02, serbische Tabaksrente 88,20.

\* per Comptant. Privatdiskont 3 1/2 % Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 257 1/2, Disl.-Kommandit 178,80, Bochumer Gußstahl —, Laurahütte —.

**Wien, 26. Mai.** (Schlußkurse.) Bei fester Stimmung

mäßiger Beefeher, Lombarden erhöht, Nebenwerthe theilweise lebhaft. Oester. 4 1/2 % Papierrente 92,25, do. 5 % 102,35, do. Silber. 92,15, do. Goldrente 110,80, 4proz. ung. Goldrente 104,75, do. Papierrente 101,30, Lombardbank 212,75, österr. Kreditaktien 298,25, ungar. Kreditaktien 343,50, Bankverein 113,50, Elbethalbahn 217,50, Galizier 218,00, Lemberg-Cernowiz 240,50, Lombarden 102,00, Nordwestbahn 206,75, Tabaksaktien 159,25, Napoleons 9,35, Marktnoten 57,77 1/2, Russ. Banknoten 1,39 1/2, Silbercoupons 100,00.

**Paris, 26. Mai.** (Schluß.) 3 % am. Rente 94,47 1/2, 4 1/2proz. Anl. 104,20, Ital. 5 % Rente 92,50, österr. Goldrente 95 1/2, 4 % ungar. Goldr. 91,25, 3. Orient.-Anl. 75,62 1/2, 4proz. Russen 1889 97,10, Egypter 481,56, konvert. Türken 18,10, Türkenloose 72,00, Lombarden 238,75, do. Prioritäten 327,50, Banque Ottomane 575,00, Panama 5proz. Obligat. 25,00, Rio Tinto 540,60, Tabaksaktien 343,00. Neue 3proz. Rente 92,50. Fest.

Die heutige Börse zeigte entschiedene Besserung auf billigere Reports bei der Londoner Liquidation. Hausse in französischen Renten und Valuten bei beschränkter Geschäft.

**London, 26. Mai.** (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2 1/2 %ige Consols 95 1/2, Preuß. 4proz. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 91 1/2, Lombarden 9 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 97, konv. Türken 17 1/2, österr. Silberrente 97, österr. Goldrente 94, 4proz. ungar. Goldrente 89 1/2, 4proz. Egypter 71 1/2, 3 1/2proz. Egypter 90 1/2, 4proz. unifiz. Egypter 94 1/2, 3proz. gar. Egypter 99 1/2, 4 1/2proz. Arab.-Anl. 94 1/2, 6proz. Mexik. 86 1/2, Ottomanbank 12 1/2, Suezaktien 103, Canada Pacific 78 1/2, De Beers neue 14 1/2, Plattsfont 4.

Rio Tinto 21 1/2, 4 1/2proz. Rupees 75 1/2, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 67 1/2, Argentin. 4 1/2proz. äußere Goldanleihe 38, Neue 3proz. Reichsanleihe 81 1/2, Silber 44 1/2. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,67, Wien 11,97 1/2, Paris 25,51 1/2, Petersburg 27 1/2.

In die Bank flossen 388 000 Pf. Sterl.

**Petersburg, 26. Mai.** Wechsel auf London 84,10, Russ. II. Orientanleihe 101 1/2, do. III. Orientanleihe 101 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 275, Petersburg. Diskontobank 590, Warschauer Diskontobank —, Petersb. intern. Bank 485, Russ. 4 1/2proz. Bodenkredit-Pfundbriefe 134, Große Russ. Eisenbahn 224, Russ. Südwestbahn-Aktien 120,00.

**Rio de Janeiro, 25. Mai.** Wechsel auf London 16 1/2.

### Produkten-Kurze.

**Königsberg, 26. Mai.** Getreidemarkt. Weizen unverändert, Roggen fest, loco per 2000 Pfd. Bollgewicht 206,00. — Gerste unb., Hafer unb., loco per 2000 Pfd. Bollgew. 168. — Weize Erbsen pr. 2000 Pfd. Bollgew. unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Prozent loco 72,75, per Mai 72,50, per Juni 72,50. — Wetter: Schön.

**Danzig, 26. Mai.** Getreidemarkt. Weizen loco stetig. Anfaß 100 Tonnen, do. bunt und hellfarbig —, do. hellbunt —, do. hochbunt und glatt 243, per Mai-Juni Transit 188,00, per September-Oktober Transit 169, Roggen loco fest, inländischer per 120 Pfd. —, do. polnischer oder russischer Transit —, do. per Mai-Juni 129 Pfund Transit —, do. per Sept.-Oktober 143,50. Gerste große loco —, Gerste kleine loco —, Hafer loco —, Erbsen loco —, Spiritus per 10 000 Str.-Prozent loco kontingentirt 70,50, nichtkontingentirt —, Wetter: Schön.

**Röln, 26. Mai.** Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 25,00, do. fremder loco 25,00, per Mai 23,70, per Juli 23,80, per November 22,20. Roggen hiesiger loco 21,00, fremder loco 22,00, per Mai 21,00, per Juli 20,25, per November 19,20. Hafer hiesiger loco 18,50, fremder 18,50. Rübsöl loco 64,00, per Mai 63,00, per Oktober 64,50.

**Hamburg, 26. Mai.** Zudermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzuder I. Produkt Basis 88 pEt. Rendement neue Ulanze, frei am Bord Hamburg per Mai 13,25, per August 13,47 1/2, per Oktober 12,42 1/2, per Dezember 12,32 1/2. Ruhig.

**Hamburg, 26. Mai.** Getreidemarkt. Weizen loco fest, polsteimischer loco neuer 238—244. Roggen loco fest, medienburg. loco neuer 212—218, russisch. loco fest, 160—162. Hafer fest. Gerste fest. Rübsöl (unverz.) ruhig, loco 63,00. — Spiritus still, per Mai-Juni 36 Br., per Juni-Juli 36 1/2 Br., per Juli-August 36 1/2 Br., per Sept.-Oktober 37 1/2 Br. — Kaffee ruhig. Anfaß — Saft. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,45 Br., per August-Dezbr. 6,65 Br. — Wetter: Veränderlich.

**Bremen, 26. Mai.** Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6,40 Br. Ruhig.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 117 1/2, Gd.

Norddeutsche W. Aktiengesellschaft 160 Br.

**Wien, 26. Mai.** Produktenmarkt. Weizen loco flau, per Mai-Juni 10,05 Gd., 10,10 Br., per Herbst 9,63 Gd., 9,65 Br. Hafer per Herbst 6,17 Gd., 6,19 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,40 Gd., 6,42 Br., per Juli-August 6,55 Gd., 6,57 Br. — Rohlraps per August-September 16,75 Gd., 16,85 Br. — Wetter: Schön.

**Paris, 26. Mai.** (Schlußbericht.) Rohzuder 888 behauptet, loco 34,25 a 34,50. Weißer Zuder ruhig, R. 3 per 100 Kilogr. per Mai 35,62 1/2, per Juni 35,75, per Juli-August 36,12 1/2, per Oktober-Januar 34,62 1/2.



Paris, 26. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Mai 30,60, per Juni 30,60, per Juli-August 29,80, per September-Dezember 29,00. — Roggen beh., per Mai 19,20, per September-Dezember 19,10. — Weizen ruhig, per Mai 64,00, per Juni 64,20, per Juli-August 64,40, per September-Dezember 64,20. — Rüböl beh., per Mai 74,75, per Juni 74,75, per Juli-August 75,75, per September-Dezember 77,50. — Spiritus ruhig, per Mai 42,00, per Juni 41,75, per Juli-August 42,00, per September-Dezember 39,25. — Wetter: Veränderlich.

Savre, 26. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Belmann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 107,25, per September 102,75, per Dezember 92,50. Behauptet.

Savre, 26. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Belmann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baiffe. Rio 5000 Saft, Santos 3000 Saft. Recettes für 2 Tage.

Amsterdam, 26. Mai. Getreidemarkt. Weizen per November 253. — Roggen per Mai 187, per Oktober 180, Rüböl loco —, per Herbst —.

Amsterdam, 26. Mai. Java-Kaffee good ordinary 61.

Amsterdam, 26. Mai. Banzazinn 55 1/2.

Antwerpen, 26. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Typo weiß loco 16 bez. und Br., per Mai 15 1/2 Br., per Juni 15 1/2 Br., per Juli 15 1/2 Br., per Septbr.-Dezember 16 1/2 Br. Ruhig.

Antwerpen, 26. Mai. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer ruhig. Gerste unbedeutend.

London, 26. Mai. 96 Pct. Javazucker loco 15 ruhig. — Rüben-Rohzucker loco 13 1/2 schwächer. Centrifugal Cuba —.

London, 26. Mai. An der Rüste 3 Weizenladungen angeboten. Wetter: Regenschauer.

London, 26. Mai. Chili-Kupfer 52 1/2, per 3 Monat 53 1/2.

Sull, 26. Mai. Getreidemarkt. Weizen ruhig aber stetig. — Wetter: Bewölkt.

Bradford, 25. Mai. Wolle ruhig aber stetig, Garne ruhig nominell, Stoffe unverändert.

Glasgow, 26. Mai. Rohelfen. (Schluß.) Mixed numbers Warrant 54 sh. 4 1/2 d.

Liverpool, 26. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Mehl stetig. Mais 2 d. niedriger. — Wetter: Regenschauer.

Liverpool, 26. Mai. Baumwoll. (Schlußbericht.) Umsatz 6 000 B., davon für Spekulation u. Export 500 B. Ruhig.

Widdl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 4 1/2, Juli-August 4 1/2, Verkaufspreis, August-September 4 1/2, September-Oktober 4 1/2, November-Dezember 4 1/2, Dezember-Januar 4 1/2 d. Werrh.

Petersburg, 26. Mai. Produktenmarkt. Salz loco 46,00, per August —. Weizen loco 11,60. Roggen loco 8,60. Hafer loco 4,40. Hauf loco 45,00. Leinfaat loco 13,00. Wetter: Warm.

Newyork, 26. Mai. Weizen-Verschieffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 59 000, do. nach Frankreich —, do. nach anderen Häfen des Kontinents 54 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien —, do. nach anderen Häfen des Kontinents 14 000 Orts.

Newyork, 25. Mai. Visible Supply an Weizen 18 292 000 Bushels, do. an Mais 4 495 000 Bushels.

Newyork, 25. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6,90—7,20 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,85—7,15 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 6,65, do. Pipe line Certificates per Juni 67 1/2. Fett. Schmalz loco 6,50, do. Rohe u. Broth's 6,97. Zucker (fair refining Muscovados) 2 1/2. Mais (New) per Juni 62. Rother Winterweizen loco 113 1/2. Kaffee fair Rio-20. Mehl 4 D. 50 C. Getreidefracht 2. — Kupfer per Juni — nominell. Rother Weizen per Mai 112 1/2, per Juni 110 1/2, per Dez. 105 1/2. Kaffee Nr. 7, low ordinär per Juni 17,62, per August 16,90.

\*) Eröffnete 68 1/2.

Newyork, 25. Mai. Die Gesamtsumme des für Europa zum Mittwoch bestellten Goldes beträgt 750 000 Dollars.

Newyork, 26. Mai. Rother Winterweizen per Mai 1 D. 12 1/2 C., per Juni 1 D. 11 1/2 C.

Berlin, 27. Mai. Wetter: Schön.

**Fonds- und Aktien-Börse.**

Berlin, 26. Mai. Die heute veröffentlichte Uebersicht unserer Reichsbank hat durchaus befriedigende Riffern durch die Zunahme des Metallbestandes um 19 627 000 M. und die Abnahme des Notenumlaufs um 28 461 000 M. Auch von den ausländischen Bläßen lagen bessere Nachrichten über die Gestaltung des Geldmarktes vor, so wurde insbesondere aus London über weitere starke Goldrückflüsse in die Kassen der Bank von England berichtet. Trotzdem ließ unsere Börse bei ihrer Eröffnung wiederum eine vorwiegend schwache und lustlose Stimmung erheben. Die Meldungen aus Paris, London, Wien u. hatten nicht besonders günstig gelaute, waren jedenfalls nicht dazu angethan, die Anregung zu lebhafterer Thätigkeit zu geben und so blieb dieselbe denn auf einzelne Effekten beschränkt, für deren Bevorzugung besondere sachliche Gründe vorlagen oder wenigstens vorliegen sollten, während im Uebrigen die Umsätze eng begrenzt blieben.

Der Kursstand neigte sich weiter nach abwärts, doch befristeten sich bei dem zurückhaltenden Angebot die Rückgänge zumeist nur auf Bruchtheile eines Prozents, so daß von einer eigentlichen matten Haltung kaum die Rede sein konnte. Von Einzelheiten ist unter den geschiederten Verhältnissen wenig zu berichten. Bankaktien gingen in einzelnen spekulativen Titres auf etwas niedrigerem Niveau ziemlich lebhaft um.

Inländische Eisenbahnaktien erwiesen sich in Marienburgern und Ostpreußen zeitweise stärker offerirt und matter. Ausländische Bahnen waren in Durnern und schweizerischen Devisen mehr angeboten, in Franzosen und Galizern etwas lebhafter und besser. Montanwerthe hatten selbst in den sonst bevorzugten spekulativen Titres nur ganz geringfügige Umsätze aufzuweisen, waren aber später auf Deckungen anlässlich der bevorstehenden Ultimoregulierung allgemein fester tendenz.

Andere Industrieaktien blieben still, aber ziemlich gut behauptet, nur Brauereien vielfach nachgebend. Fremde Fonds still und schwach, ebenso die meisten preussischen und deutschen Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Eisenbahnobligationen u.

Privatdiskont 2 1/2 Prozent.

**Produkten-Börse.**

Berlin, 26. Mai. An der heutigen Getreidebörse stand die Diskussion über eine Herabsetzung der Getreidezölle, nach vor Eintritt des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, im Vordergrund. Vielfach neigte man der Ansicht zu, daß die hohen Preise die Regierung zu einer solchen Herabsetzung zwingen würden. Dazu kam, daß in Südrussland nach längerer Trockenheit ausgiebige Regen gefallen sind. Die Börse öffnete in Folge dessen niedriger. Weizen verlor 1 1/2 M. In Roggen drückten nach schwachem Anfang große Realisationen eines Hausfiers vorübergehend stärker auf den Markt; dann trat eine leichte Erholung ein, so daß die Preise nur 1 M. billiger blieben als gestern. Von Russland lagen reichliche Angebote vor, welche aber sämtlich zu hoch einstanden. Hafer war bei kleinen Umsätzen etwas schwächer. In Roggenmehl wurden die sehr starken Rindungen aufgenommen. Das Geschäft war still bei billigeren Preisen. Rüböl war auf Offerten der hiesigen Mühlen, welche Erwerbungen von indischer Saat gemacht haben, um 1/2 M. gedrückt. Spiritus wurde durch stärkere Realisationen, angeblich für Hamburger Rechnung, um 50—60 Pf. im Werth gedrückt.

Weizen (mit Ausschluß von Randweizen) per 1000 Kilogramm. Loco flauer. Termine im Verlauf niedriger. Gefündigt 350 Tonnen. Rindungspreis 251 M. Loco 235—250 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 246 M., per diesen Monat 252—251 bez., per Mai-Juni 238,25—237 bez., per Juni-Juli 236,75—235,25 bez., per Juli-August 224—222 bez., per August-September —, per

September-Oktober 213,5—212,5 bez., per Oktober-November —. Roggen per 1000 Kilogramm. Loco matter. Termine niedriger. Gefündigt 100 Tonnen. Rindungspreis 214 M. Loco 202—215 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 212 M. nach Qualität — bez., per diesen Monat 215—213 bez., per Mai-Juni 209,25—208,25 bez., per Juni-Juli 203—202,5 bez., per Juli-August 195—194,75 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 189,5 bis 188,75—189,5 bez., per Oktober-November — bez., per November-Dezember — bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Still. Große und kleine 158 bis 185 M. nach Qualität. Futtergerste 160—168 M.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loco feiner behauptet. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Rindungspreis — M. Loco 173—193 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 179 M. nach Qualität, preussischer und schlesischer mittel bis guter 175—185, feiner 188—191 ab Bahn bez., per diesen Monat 174 bez., per Mai-Juni 170 M., per Juni-Juli 169,25—169 bez., per Juli-August 156,5—156 bez., per August-September —, per September-Oktober 149—148,75 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loco fest. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Rindungspreis — M. Loco 165—180 M. nach Qualität, per diesen Monat — M., per Mai-Juni 147,5 bez., per Juni-Juli 145—146,25—145,25 bez., per Juli-August —, per September-Oktober 144,5 bez.

Erbisen per 1000 Kg. Rohware 175—185 M., Futterware 165—170 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Termine flau und niedriger. Gefündigt 2000 Sad. Rindungspreis 29,3 M., per diesen Monat 29,4—1 bez., per Mai-Juni 29,1—28,8 bez., per Juni-Juli 28,2—27,9 bez., per Juli-August 27,2—26,9 bez., per August-September —, per September-Oktober 26,1—25,9 bez.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Termine flauer. Gefündigt 100 Zentner. Rindungspreis 60,3 M. Loco mit Faß —, loco ohne Faß — bez., per diesen Monat 60,7—3 bez., per Mai-Juni 60,7—3 bez., per Juli-August —, per September-Oktober 61,4—60,8 bez., per Oktober-November — M., per November-Dezember —.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad. Loco 24,65 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Mai — M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sad. Loco 24,65 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Bosten von 100 Ztr. — M. Termine —. Gefündigt — Kilogr. Rindungspreis — M.

Spirituss mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Rindungspreis — M. Loco ohne Faß — bez.

Spirituss mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Rindungspreis — M. Loco ohne Faß 51,8 bez.

Spirituss mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Rindungspreis — M. Loco mit Faß —, per diesen Monat —, per Mai-Juni 51,9—4 bez., per Juni-Juli 52—51,5 bez., per Juli-August 52,5—2—3—51,9 bez., per August-September 52,5—2—3—52 bez., per September-Oktober 48,7—3 bez., per Oktober-November 45,1—45 bez., per November-Dezember 43,7—5 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez.

Weizenmehl Nr. 00 32,75—31,25, Nr. 0 31,00—29,05 bez. Feine Marken über Notiz bez.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 29,25—28,75, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 30,00—29,25 bez., Nr. 0 1 1/2 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Deh = 4 1/4 M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. ödd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.											
Bank-Diskonto. Wechsel v. 26.											
Amsterdam	3	8 T.	166,70 bz	Brnsch. 20 T.-L.	—	104,50 bz	Schw. Hyp.-Pf.	4 1/2	101,75 G.		
London	3	8 T.	20,45 bz	Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	136,50 bz	Serb. Gld.-Pfdb.	5	91,50 bz		
Paris	3	8 T.	80,85 bz	Dess. Präm.-A.	3 1/2	—	do. Rente	5	88,50 bz G.		
Wien	4	8 T.	173,15 B.	Hamb. 50 T.-L.	3	139,50 bz	do. do. neue	5	88,50 bz G.		
Petersburg	4 1/2	3 W.	241,25 bz	Lib.-J.	3 1/2	131,10 bz	Stockh. Pf. 87.	4	99,60 bz		
Warschau	4 1/2	8 T.	241,80 bz	Mein. 7 Guld.-L.	—	28,00 B.	do. St.-Ant. 87	3 1/2	—		
				Oldenb. Loose	3	124,20 G.	Span. Schuld	4	71,60 G.		
							Türk. A. 1865 in				
Ausländische Fonds.											
in Berlin 4. Lombd. 5. Privatdisk. 2 1/2 G.				Argent. Anl.	5	49,50 bz	Pfd. St. cl. ov.	1	—		
				do. do.	4 1/2	37,40 bz	do. do. B.	1	22,50 G.		
				Bukar. Stadt-A.	5	97,25 bz B.	do. do. C.	1	18,10 B.		
				Buen. Air. G.-A.	5	40,50 bz	do. Consol. 90	4	72,00 G.		
				Chines. Anl.	5 1/2	107,00 B.	do. Zoll-Oblig.	5	88,00 G.		
				Gold-Dollars	3 1/2	94,80 bz	Trk. 400 Fr.-L.	—	73,75 bz		
				Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	—	20,44 bz	do. Eg. Trib.-Anl.	4 1/2	96,50 G.		
				Fr. Not. 100 Fros.	—	80,85 B.	Ung. Gld.-Rent.	4	90,40 G.		
				Oestr. Noten 100 fl.	—	173,25 bz	do. Gld.-Inv.-A.	5	102,50 G.		
				Russ. Noten 100 R.	—	24,90 bz	do. do. do.	4 1/2	100,30 bz		
							do. Papier-Rnt.	5	87,50 bz		
							do. Loose	—	253,50 G.		
							do. Tem-Bg.-A.	5	—		
							Wiener C.-Anl.	5	—		
Eisenbahn-Stamm-Aktien.											
Aachen-Mastr.	3	68,25 bz G.	Aalhen.-Zeitl.	—	177,60 bz	Crefelder	—	102,25 bz	Crefeld-Uerdng	0	36,25 bz
Dortm.-Gron.	4 1/2	114,00 G.	Marienberg-Mlawk	5	111,90 bz	Mecklb. Södb.	—	26,50 G.	Ostpr. Södbah	5	114,75 bz G.
Saalbahn	4 1/2	103,25 G.	Weimar-Gera	3 1/2	83,75 B.						
Eisenbahn-Priorität-Obligat.											
Berg-Märkisch	3 1/2	96,50 G.	Berl. Potsd.-M.	4	100,00 G.	Brsf. Schw Frb H	—	—	Bresl.-Warsch	5	—
Mz Ludwh 68/9	5	—	Meckl Fr.Franz	3 1/2	95,80 G.	Nied-Märk Lit.B	3 1/2	—	Oberschl. Lit.B	3 1/2	—
do. Lit. E.	3 1/2	—	do. Lit. E.	3 1/2	—	do. Em.v. 1879	3 1/2	—	do. Niederschw	3 1/2	—
do. StargPos	3 1/2	—	do. StargPos	3 1/2	—	Ostpr. Södb-IIV	4 1/2	102,10 G.	Rechte Oderfl.	4 1/2	—
Hypothek.-Certifikate.											
Danz. Hypoth.-Bank	3 1/2	113,50 B.	Otsche. Grd.-Kr.-Pr.	1 1/2	113,50 B.	do. do.	3 1/2	108,60 bz	do. do. H. abg.	3 1/2	99,10 G.
do. do. H. abg.	3 1/2	99,10 G.	do. do. IV. abg.	3 1/2	98,50 G.	do. do. V. abg.	3 1/2	92,75 G.	do. H. B. Pf. IV. V. VI.	5	110,50 G.
do. do.	3 1/2	95,00 G.	do. do.	3 1/2	101,30 bz G.	do. do.	3 1/2	95,00 G.	Hmb. Hyp.-Pf. (z. 100)	4	101,30 bz
do. do.	3 1/2	94,00 bz	Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,50 bz	do. Pr.-Pfdb.	4	127,80 bz	Pomm. Hypoth.-Akt.	—	—
B.-Pfandbr. H. u. IV.	4	101,00 bz G.	Pr.-Grunkb. (z. 110)	5	113,60 G.	do. Sr. III. V. VI. (z. 100)	5	106,70 bz	do. do. (z. 110)	4 1/2	115,00 G.
do. do. X. (z. 110)	4 1/2	111,10 G.	do. do. (z. 100)	4	100,90 bz	Pr. Contr.-Pf. (z. 100)	4	94,80 bz G.	do. do. kändb.	3 1/2	94,80 bz G.
Pr. Contr.-Pf. Com-O	3 1/2	94,80 bz G.									
Bankpapiere.											
B. f. Sprit-Prod. H	3 1/2	137,80 bz	Berl. Cassenver.	9 1/2	138,00 bz	do. Handelsges.	11	129,60 bz	do. Maklerver.	—	—
do. Procl-Hdbk.	13 1/2	156,60 G.	Börsen-Hdlver.	6	95,30 G.	Bresl. Disc.-Bk.	6	93,50 B.	do. Wechselbrk.	8 1/2	—
Danz. Privatbank	10 1/2	133,40 bz	Darmstädter Bk.	10	—	do. junge	10 1/2	—	Deutsche Bank	10	151,25 bz
do. Hoffm.	14	165,10 G.	Germ.-Vrz.-Akt	6	93,50 bz G.	Görilitz ov.	13	147,60 G.	Görl. Ldrn.	13	172,50 bz G.
Grusonwrk.	5	143,50 bz G.	H. Paucksch.	8	94,00 G.	Schwarzkopff.	16	263,75 bz G.	Stettin.Vulk.-B	8	115,00 bz
Sudenburg	20	269,75 bz	O.-Schl. Cham.	10	119,50 G.	do. Portl.-Chem	8	95,00 bz G.	Oppeln-Cem-F.	6 1/2	87,40 bz
do. (Giesel)	8 1/2	95,50 G.	Gr.Berl. Pfdbr.	12 1/2	254,25 bz	Hamb. Pfdbr.	6	117,90 B.	Potsd. ov Pfdbr	5 1/2	100,90 bz G.
Posen-Sprit-F.	4	66,75 bz	Schles. Cem.	10 1/2	123,90 bz	StettinBred.Cem	5	120,00 bz G.	do. Chamott.	30	225,00 bz
Bgw. u. H.-Ges.	—	180,25 bz	Aplerbecker	12	120,00 bz	Berzeliuss.	18	120,00 bz	Bismarckhütte	12	123,50 bz
BochGusst-F.	10	128,75 bz	Donnersmck	8	96,25 bz	Dortm. St.-Pr.A	4	66,75 bz	Gelsenkirchen	12	156,00 bz G.
Hibernia	19	165,00 bz G.	Hörd St.-Pr.-A.	—	60,50 bz B.	Innowaf. Salz	0	34,60 G.	König u. Laurs	1	124,25 bz
Lauchhammer	13	140,50 B.	Louis.TiefstP	3	63,70 bz	Oberschl. Bd.	5	65,75 bz G.	do. Eichen-Ind.	11	155,75 bz G.
Redenh.St.-Pr.	7	57,03 bz	Riebeck. Mont.	—	171,40 bz B.	Schles. Kohlw.	16	190,10 bz	do. St.-Pr.	18	190,00 B.
Stalbin. Zk.-H.	8 1/2	65,25 bz G.	Tarnowitz ov.	7	55,30 bz G.	do. St.-Pr.	3 1/2	65,25 bz G.			
Industrie-Papiere.											
Allg. Elekt.-Ges.	10	70,00 G.	Anglo Ct. Guano	12 1/2	141,00 bz	Berl. Charl.	1	140,00 bz	City St.-Pr.	—	—
Otsche. Bau.	2 1/2	80,50 bz G.	Hann. St.-P.	4 1/2	75,00 G.						